

Kommentar

Hagen Strauß
zu Söders
Atomvorstoß



Söder geht es nur um Macht, nicht um Überzeugung

Markus Söder ist ein politischer Filou, um es mal freundlich auszudrücken. Noch treffender ist jedoch: Söder ist gerissen, mitunter skrupellos, populistisch sowieso. Erst umarmt Bayerns Ministerpräsident Bäume, wenn's sein muss, jetzt also Atomkraftwerke. Was dabei (mal wieder) auf der Strecke bleibt, ist die politische Glaubwürdigkeit des CSU-Chefs. Aber das hat ihn ja noch nie gestört. Sein Vorstoß, den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken in die Verantwortung der Länder zu übertragen, ist schlichtweg Unsinn. Für die notwendige Änderung des Atomgesetzes wird es keine Mehrheit geben. Aber Söder dreht sich gern wie das Fähnchen im Wind, was er dann mit markigen Worten als Überzeugung zu verkaufen sucht. Und er kennt keine Gnade, wenn es um die Macht geht. Der frühere Unionskanzlerkandidat Armin Laschet kann davon ein Lied singen.

Nun hat Söder die bayerischen Landtagswahlen fest ins Visier genommen, im Oktober geht es für ihn um alles. Er muss die CSU deutlich über 40 Prozent hieven. Und auch, wenn Söder anderes beteuert, ist er dann wieder im Spiel um die Kanzlerkandidatur der Union. Sein persönlicher Wiedereinstieg in die Atomkraft soll diesen Zielen dienen. Söder glaubt zudem, damit den Nerv der Bayern zu treffen, weil eine Mehrheit vielleicht für die Beibehaltung der Kernkraft ist. Wenn dem so ist, hat dies auch etwas damit zu tun, dass gerade Bayern bei der Energiewende alles andere als ein Vorzeigestaat ist. Söder greift auf Altes zurück, weil ihm Neues nicht so recht gelingen will.

Denn nach Ansicht von Experten ist gerade der Freistaat bei der Energiewende nicht im Plan. Bis 2040 soll das Bundesland klimaneutral sein. Es besteht aber zum Beispiel ein erheblicher Rückstand bei der Windkraft und dem Ausbau der Fotovoltaik, beim Strom setzt Bayern vor allem auf Importe, beim Bau wichtiger Stromtrassen hapert es sowieso gewaltig. Die bayerische Staatsregierung sieht das selbstverständlich anders. Aber wahr ist: Die energiepolitische Misere Bayerns ist durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verstärkt worden und nicht entstanden.

Dass Söders Forderungen unseriös sind, belegt zudem der Umstand, dass der Bajuware auf wichtige Fragen keine Antworten gibt: Die Technik ist riskant, es geht um immense Sicherheit, um Schutz der Bevölkerung, sie kann nicht einfach deaktiviert und wieder aktiviert werden. Und es müssten neue Brennstäbe gekauft werden. Ein Bundesland allein kann dies und anderes nicht leisten. Vor allem sagt Söder nichts zur Endlagerfrage, die mitgedacht werden muss. In Bayern, meinte er bisher jedenfalls, werde der Atommüll nicht gelagert. Wo dann? Die anderen Bundesländer werden sich bedanken.

E-Mail: hagen.strauss@rhein-zeitung.net

Presseschau

Die Atomkraft ist Geschichte – allerdings nur in Deutschland.

Südwest-Presse

Bleibt nur zu hoffen, dass verhindert wird, auch aus der Kernforschung auszusteigen. Weltweit werden auf diesem Gebiet Innovationssprünge erwartet. Anders als die an ihrem Lebensziel angelangten Anti-Atom-Boomer stehen viele jüngere Deutsche der Kernkraft weitaus offener gegenüber. Sie möchten den historischen Fehler des Ausstiegs womöglich eines Tages rückgängig machen.



Während die Atommeiler vom Netz gehen, kehrte das Kraftwerk Mehrum im niedersächsischen Kreis Peine wieder zurück. Eine Verordnung hatte erlaubt, dass Steinkohlekraftwerke aus der sogenannten Netzreserve wieder in Betrieb gehen konnten, um Erdgas einzusparen. Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Atomkraft geht, wann folgt Kohle?

Die Kernenergie ist in Deutschland jetzt Geschichte – Doch das schafft neue Probleme für die Ampel

Von Andreas Hoenig und Stella Venohr

Berlin. Es ist eine Zäsur – ein schöner oder ein schwarzer Tag, je nach Sichtweise. Deutschland ist aus der Atomenergie ausgestiegen. Für die Energie- und Klimapolitik hat das Folgen. Im Zentrum soll nun ein massiver Ausbau des Ökostroms stehen – also viel mehr Windräder und Solaranlagen. Außerdem fordern Energieverbände Tempo für den Bau wasserstofffähiger Gaskraftwerke. Und damit Deutschland seine Klimaziele doch noch schaffen kann, dürfte vor allem eines in den Mittelpunkt rücken: ein früherer Kohleausstieg auch im Osten.

Bis zur letzten Minute lief eine heftige Debatte um den Atomausstieg. Die FDP versuchte, die Kernkraftwerke wenigstens in einer Reserve zu halten. Die Union kämpfte für längere Laufzeiten. Doch die Nutzung der Atomkraft ist Geschichte. „Das Kapitel ist nun abgeschlossen“, sagt der Chef des AKW-Emsland-Betreibers RWE, Markus Krebber, bei der Abschaltung. „Jetzt kommt es darauf an, die ganze Kraft dafür einzusetzen, neben Erneuerbaren Energien auch den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken möglichst schnell voranzutreiben, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet bleibt, wenn Deutschland 2030 idealerweise auch aus der Kohle aussteigen will.“

Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) spricht von einem neuen Zeitalter der Energieerzeugung.

Der Atomausstieg mache das Land sicherer, die Risiken der Atomkraft seien letztlich unbeherrschbar. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Energieverbände betonen, die Energieversorgungssicherheit sei gewährleistet. Im Januar und Februar hatte Kernenergie nach Angaben des Energieverbands BDEW einen Anteil von vier Prozent an der deutschen Stromerzeugung.

Die Versorgungssicherheit werde nun durch den stärkeren Einsatz von Kohlekraftwerken gesichert werden, sagt Manuel Frondel vom RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Essen. „Klar ist, dass die Strompreise künftig tendenziell etwas höher ausfallen, da die Kraftwerke, die neben den Erneuerbaren im Betrieb am kostengünstigsten sind, dauerhaft wegfallen. Dadurch werden teure Erdgaskraftwerke häufiger eingesetzt und dies treibt in Zeiten hoher Stromnachfrage die Preise.“

Mit Blick auf den Atomausstieg und den von der Bundesregierung angestrebten Kohleausstieg bis 2030 geht der Branchenverband Zukunft Gas „selbst unter optimistischen Annahmen davon aus, dass 2031 mindestens 15 Gigawatt an gesicherter Leistung im deutschen Strommarkt fehlen werden“, sagt Vorstand Timm Kehler. Um diese

Lücke zu vermeiden, müssten flexibel steuerbare Stromkapazitäten bereitgestellt werden. Dazu zähle auch der Neubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke, die in den nächsten acht Jahren errichtet und in Betrieb genommen werden müssten, um sicher aus der Kohle aussteigen zu können und die Klimaziele zu erreichen.

Gehen die Gaskraftwerke nicht rechtzeitig in Betrieb, hätte das hohe Klimagasemissionen zur Folge, denn Kohlekraftwerke müssten dann länger laufen, sagt die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft, Kerstin Andreae.

Das ist die Wunde vor allem für die Grünen. Habeck hat die Entscheidung, nach dem Stopp russischer Gaslieferungen Kohlekraftwerke aus der Reserve zu holen, wiederholt als schmerzhaft bezeichnet. Die Ampelregierung sei zur klimaschädlichen Kohlekoalition geworden, wettete die CDU-Wirtschaftspolitikerin Julia Klöckner. Fraktionsvize Jens Spahn (CDU) sagte, Habeck lasse lieber Kohlekraftwerke laufen, den Klimakiller schlechthin. „Es ist ein schwarzer Tag für den Klimaschutz in Deutschland.“

2022 gingen nach vorläufigen Zahlen des Umweltbundesamts (UBA) die Treibhausgasemissionen zwar insgesamt leicht zurück. Im

„Das Kapitel ist nun abgeschlossen.“

Der Chef des AKW-Emsland-Betreibers RWE, Markus Krebber, bei der Abschaltung des Meilers

Gegen den Strich von Jürgen Tomicek



Brennstäbe

Huffer-Kilian@online.de

Leserbriefe

Rhein-Zeitung
Leserbriefe
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Der Missbrauchsskandal Dillinger beschäftigt unsere Leser weiter.

„Missbrauch entprivatisieren“

Bistum und Gesellschaft können nicht mehr wegschauen, das Leid dieser Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen kommt ans Tageslicht. Was nach dem Fotografieren geschah, ist für viele Opfer wie eine lebenslängliche Haft.

Der Täter wurde nicht bestraft. Das ist Vergebung von oben. Diejenigen, die Opfer des Ehrendomherrn waren, wurden vom klerikal-patriarchalen Apparat ignoriert. Damit wird und wurde ihnen gar die Möglichkeit eines Versöhnungsprozesses genommen. Sie wurden zum zweiten Mal Opfer, dieses Mal der kirchlichen Behörde. Daher irritiert die Aufforderung des Vorsitzenden der Aufarbeitungskommission, Prof. Dr. Robbers, dieses Beweismaterial zu verbrennen. Robbers muss aufgefordert werden, sich dazu zu erklären.

Die Gesundung ist nur dann möglich, wenn das Unerträgliche als solches anerkannt wird als gesellschaftliche und eben auch kirchliche Wirklichkeit. Für uns Betroffene ist es notwendig, die Massivität des Traumas zu erkennen, die äußere Realität zu benennen, um auch Zugang zur inneren Realität zu erhalten. Es ist eben kein rein privates Unglück, sondern Teil eines sozialen und politischen Unglücks. Der Missbrauch als Realität muss entprivatisiert werden.

Werner Huffer-Kilian, Koblenz

Eine große Mehrheit ist für einen Weiterbetrieb der Atommeiler.

„Bürgerwillen respektieren“

Für mich bedeutet Demokratie, dass Mehrheitsentscheidungen und der Bürgerwille respektiert und umgesetzt werden. Wenn nun knapp zwei Drittel der Bevölkerung für einen Weiterbetrieb der AKW sind, muss dieses auch von der Politik umgesetzt werden. Der Traum von erneuerbarer Energie ist zwar schön, ist aber derzeit nicht rund um die Uhr im ganzen Jahr zuverlässig verfügbar. Im Sinne einer funktionierenden Wirtschaft und damit des Erhalts der Arbeitsplätze sollten die AKWs so lange betrieben werden, bis die lückenlose Stromerzeugung durch die Erneuerbaren nachgewiesen ist.

Thomas Lüneburg, Altenkirchen

Impressum

Rhein-Zeitung
und ihre Heimatausgaben

Herausgeber und Verlag:
Mittelrhein-Verlag GmbH, Koblenz

Verleger: Walterpeter Twer
Geschäftsführer: Thomas Regge

Chefredakteur: Lars Hennemann.
Stellvertretender Chefredakteur: Thomas Haag.
Mitglieder der Chefredaktion: Nina Borowski, Maximilian Eckhardt (beide Digitales), Dirk Kurz (Redaktionsmanagement).

Leitende Redakteure: Themenmanagement: Tim Kosmetschke, Anke Mersmann. Lokales: Markus Gerhold. Chef vom Dienst: Jörg Peter Herrmann.

Zentralredaktion: Nachrichten und Produktion: Birgit Piel (Ltg.), Dr. Jörg Hilpert, Kathrin Hohberger, Stefanie Lanzelath. Reporter: Dirk Eberz, Christian Kunst, Johannes Mario Löh, Cordula Sailer. Landeskorrespondent: Bastian Hauck. Kultur: Claus Ambrosius (Ltg.), Stefan Schalles. Sport: Jochen Dick (Ltg.), Alessandro Fogolin, Klaus Reimann, Sven Sabock. Sonderaufgaben: Angela Kauer-Schöneich, Petra Mix, Regina Theunissen.

Digitalredaktion: Maurice Brüseke, Lukas Eberding, Fabian Herbst, Finn Holitzka, Kevin Rühle, Niels Stern, Fabian Strunk, Svenja Wolf. Creative Director: Jens Weber. Webmaster: Thorsten Schneiders.

Wir beziehen die Nachrichtenagenturen dpa und epd.

Kontakt zur Zentralredaktion: Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz, Tel. (0261) 9836-5000, Fax (0261) 892-770. E-Mail: redaktion@rhein-zeitung.net

Mittelrhein-Verlag, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz (zugleich ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Tel. (0261) 892-00, Fax (0261) 892-770, Internet: www.rhein-zeitung.de

Anzeigen: rz-Media GmbH, Mittelrheinstraße 2-4, 56072 Koblenz. Geschäftsführung: Evangelos Botinos

Druck: Industrie Dienstleistungsgesellschaft mbH, 56055 Koblenz, Geschäftsführer: Dr. Ulrike Schröder

Zum Druck verwenden wir Recycling-Papier mit einer Altpapierquote von mindestens 70 Prozent